

Verleihung des Hanns Martin Schleyer-Preises 2015 an
Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
am 15. Mai 2015 im Neuen Schloss in Stuttgart

„Über die Grundlagen der freien Gesellschaft“

Verehrte Familie Schleyer,
werte Festgemeinde,

ich bedanke mich für diesen Preis, der Auszeichnung ist und Verantwortung bedeutet. Nach Frau Birthler geehrt zu werden, bringt mich etwas in Verlegenheit, weil bei ihr der Grund für die Auszeichnung das ist, was Juristen „evident“ nennen. Wer auf den Barrikaden gegen die Diktatur und für eine freiheitliche Gesellschaft stand, verdient einen Preis, der das Entstehen für Freiheit und Recht würdigt. Wenn man dagegen im Grunde genommen nur über die Freiheit nachdenkt und in Urteilen, fernab in Karlsruhe, über die Rechte von Bürgern, über diese Bundesrepublik entscheidet, dann ist man nicht auf der Barrikade, sondern man ist gleichsam in der Etappe und da scheint vieles bequemer und ungefährlicher zu sein. Gefahrenlagen für die Freiheit können auch in einer entwickelten demokratischen Gesellschaft entstehen. Man sieht sie allerdings nicht so deutlich; sie sind etwas verdeckter. Das, was Frau Birthler gerade gesagt hat, der Westen, wie er 1990, ja nicht nur in Deutschland, sondern international mit dem Fall der Mauer zu einem Triumph geradezu ansetzt und Francis Fukuyama vom Ende der Geschichte sprach, weil es jetzt keine Alternative mehr zu dieser Gesellschaftsordnung gäbe, ist das nicht vielleicht auch der Anlass nach fünfundzwanzig Jahren noch einmal neu über den Westen nachzudenken?

Der Westen, das ist der Glanz eines Ideensystems, das den einzelnen Menschen in seiner Verletzlichkeit und Größe mit seiner Würde und Fähigkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Ordnung stellt. Der

Westen ist aber auch eine erfolgreiche Organisation der Gesellschaft, in der etwas funktioniert, Wohlstand entsteht, Frieden gesichert wird menschenwürdige Lebensverhältnisse herrschen. Und er steht für die unwiderstehliche Faszination eines Lebensstils.

Die prägenden Ideen kreisen seit dem Renaissancehumanismus rund um die Freiheit und die Würde des Menschen. Im Mittelpunkt steht der einzelne Mensch, zerbrechlich, aber stolz, aufrechten Gangs, die Welt nach seinem Maß gestaltend, seine private Welt und als Zoon Politikon, auch die Welt der Gesellschaft, der politischen Gemeinschaft. Der Geist des Westens war und ist merkantil und kreativ. Er strebt nach Gewinn und dem Neuen, sucht das Bessere, sucht nach Glück in privaten Räumen und nach einer gerechten Welt in der Pflicht öffentlichen Wirkens. Bis zur Weltfinanzkrise hielt der Nimbus des Westens. Dieser Nimbus, der 1990 unwiderstehlich schien. Als der arabische Frühling 2011 begann, schien sich noch einmal die Faszination des Westens zu bestätigen, zu erfüllen. Die Kommentatoren amerikanischer und europäischer Medien jubelten über die spontane Kraft einer mobilen, technisch vernetzten Jugend, die von der Straße kommend die greisen Potentaten aus ihren Palästen fegten. Dasselbe schimmernde Licht der Displays kehrte 2014, von manchen schon wieder fast vergessen, in Hongkong zurück. Doch inzwischen sind auch dort Plätze und Barrieren geräumt.

Heute, meine Damen und Herren, nagt der Zweifel. Allein schon das Beispiel Ägyptens steht für kleinlauten Rückzug. Im Grunde scheinen viele froh, dass das Militär die Mubarak-Zustände in unwesentlich verjüngter Form restaurierte. Aber das ist nur ein Beispiel für viele. Die Bevölkerungen westlicher Staaten altern. Einwanderer aus anderen Kulturkreisen bereichern das Land, lassen sich aber vielleicht nicht mehr mit derselben Selbstverständlichkeit integrieren, wie das vor zwei Generationen noch der Fall war. Manche fordern auch in den Metropolen die Kultur des Westens heraus. Eine Kultur, die nicht die meisten, aber einige ablehnen, weil leere Zweckrationalität und aus ihrer Sicht Sittenlosigkeit den Verlust von Würde, ihrem Verständnis von Würde, bedeute. Angesichts der wirtschaftlichen Übermacht des Westens muss man außenpolitisch der Politik von Putin, vielleicht auch von Erdogan, nicht unbedingt eine große Zukunft voraussagen, aber der Virus antiwestlicher Identitätsbehauptungen wird auch bei deren Scheitern nicht aus der Welt verschwinden. Das westliche Gesellschaftsmodell wird herausgefordert. Und es

scheint auch von innen her immanent in einer Krise. Kräfte des Aufstiegs, wie des Abstiegs, zerren an einer bislang so überlegen wirkenden Ordnung. Die Dialektik der Krise hat gewiss auch etwas mit dem immensen Erfolg dieses Modells zu tun. Die Magie von Markt und Wohlstand, persönlicher Freiheit und demokratischer Selbstbestimmung wirkt ungebrochen.

Die Potenzen der Marktwirtschaft in Amerika, Europa und Asien sind überwältigend. Neuer immenser Reichtum lässt Armut allerdings auch krasser und skandalöser erscheinen. Die Globalisierung hat aufs Ganze gesehen Hunger und Elend beträchtlich gemindert, keine Frage. Der Wohlstand wurde gesteigert, er hat Freiheiten vermehrt und Grenzen schwinden lassen. Allerdings, und das ist wichtig, sind die Anpassungszwänge einer offenen Gesellschaft, einer offenen Wirtschaftsgesellschaft enorm. Es wird nicht nur soziale Ungleichheit beklagt, es zerfallen hier und dort bewährte Ordnungen und gut durchdachte Institutionen. Der Preis für die Verweigerung der Anpassung wird höher. Nicht nur Schwellenländer, selbst die alten, die etablierten Demokratien geraten in eine Schiefelage zwischen den Kräften internationaler Koordinierung, kultureller Fragmentierung und dem Protest von Wählern, die sich weiter im politischen Raum der Nationalstaaten orientieren, aber die anspruchsvollen, komplexen politischen Gebilde überstaatlichen Regierens nicht immer erreichen können, genauso wie das umgekehrt der Fall ist.

Die Welt des einundzwanzigsten Jahrhunderts ist eine Welt der offenen Grenzen, der Vernetzung von Politik und Wirtschaft. Doch Offenheit setzt die Fähigkeit zur Unterscheidung und sogar eine prinzipielle Abschließbarkeit voraus, damit nicht alles an verfassungsstaatlicher Ordnung eine Diffusion der Beliebigkeit weicht. Unter den neuen Bedingungen der Internationalität können die politischen Parteien ihr im Wohlfahrts- oder Sozialstaat gegebenen Versprechen nur dann noch einlösen, wenn sie den Menschen hohe Mobilität und Leistungen abfordern, wenn sie Standortvorteile ausnutzen, Nischen besetzen und ihre politischen Entscheidungen sehr angepasst an die Bedürfnisse eines dynamischen Weltmarktes treffen. Die Politik der Staaten und der miteinander verbundenen Handelsräume versucht, ihre jeweilige Volkswirtschaft durch die Klippen einer offenen Weltgesellschaft zu steuern. Wenn die wirtschaftliche Rationalität und die Anpassungszwänge überstaatlichen Regierens den Wählern aber nicht vermittelbar sind, nicht genügend vermittelbar

sind, können links- und rechtspopulistische Bewegungen das traditionelle Parteienspektrum erschüttern und irrationales Politikverhalten fördern.

Im Ergebnis entstünde dann eine schleichende, aber hartnäckige Legitimationskrise. Diese Legitimationskrise erfasst heute bereits das erfolgreiche Projekt der europäischen Integration. Diese historisch präzedenzlose Verbindung von Staaten, die sich einer engen Rechts- und Wirtschaftsordnung unterwerfen, ohne dass sie ihre völkerrechtliche Souveränität aufgeben müssen, steht als Beispiel positiver Freiheitsbetätigung, hin zur vernünftigen Bindung. So wie auch die privatautonome Gesellschaft im Inneren der Staaten von Bürgern ausgeht, die sich nicht als Eremiten verstecken, sondern auf den anderen zugehen, sich vertraglich mit ihm binden, sich freundschaftlich binden, die sich mit Liebe zueinander finden und dann Familie begründen. Die Solidarität in Gemeinschaften oder in Bürgervereinigungen zeigen Bindungswillen und Bindungskraft. Das kann man nicht von oben verordnen, sondern es muss von unten wachsen. Und nach diesem bewährten Modell sind mit der Montanunion 1951 die Staaten Europas auch aufeinander zugegangen. Sie wollten nicht mehr den alten machtstaatlichen Antagonismus, in dem der Stärkere sich durchsetzt, in dem darwinistische Prinzipien regiert, sondern sie wollten die Bindung - die Verbindung - um bei weiter bestehender Handlungsfreiheit ihrer Staaten - das Gemeinsame zu fördern. Dieses Modell, war gewiss ein Projekt von Eliten, aber ohne die negative Konnotation, die wir mit dem Elitenbegriff verbinden. Es waren die Eliten aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, es waren juristische Eliten, die die Europäische Union auf den Weg gebracht haben. Dieser Weg zielte auf einen vernünftigen Ordnungsrahmen für Wirtschaft und Gesellschaft, auf politische Zusammenarbeit, auf das Aushandeln von Kompromissen und die Verhinderung machtstaatlicher Antagonismen.

Wird das denn heute so verstanden? Wird verstanden, dass jede Bindung verstärkte Anstrengungen erfordert? Wer in einer Gemeinschaft frei sein will, muss was für die Freiheit tun, für sich, aber auch für die Akzeptanz des anderen tun. Man kann nicht Mitglied der Europäischen Union werden und sagen, jetzt lehne ich mich zurück. Man kann nie Mitglied einer Gemeinschaft werden und sich zurücklehnen, sondern man muss sich mehr anstrengen, damit die Gemeinschaft gelingt. Deshalb glaube ich, dass in der Europäischen Union die Grundlagen der Gemeinschaft wieder neu befestigt werden müssen. Es ist der Ausschluss von Moral Hazard, also eines

regelwidrigen Verhalten des Eigennutzes auf Kosten der Gemeinschaft, und die Anerkennung vernünftiger Grundlagen. Es ist auch die Anerkennung des Rechts. Es mag sein, dass man in der Krise, in der wirtschaftlichen Krise, Stabilitätskriterien nicht starr vollstrecken kann, aber im Völkerrecht gibt es den Grundsatz, dass man, selbst wenn das Völkerrecht gebrochen wird, alles tun muss, um im Rahmen der Möglichkeiten wieder näher ans Recht zu gelangen. Und deshalb müssen wir Politik danach beurteilen, ob sie eigentlich wieder näher an die europäischen Vertragsgrundlagen rückt, die wir uns alle gegeben haben und die eine Rechtsgemeinschaft benötigt, damit sich Freiheit in einem geordneten Raum entfalten kann.

Manches was heute unterwegs ist, ist die Frucht einer jahrzehntelangen Mentalität, die klug angefangen hat mit einer Globalsteuerung der Wirtschaft, die aber inzwischen verkantet und blockiert ist durch ein Übermaß der genutzten Instrumente, auch durch eine übermäßige Nutzung soziokultureller Lebensgrundlagen. Vor allem mit im weitesten Sinne monetären Instrumente gedachte man elegant alle Probleme dieser Welt lösen. Ich nenne das, den sozialtechnischen Tunnelblick unserer Gesellschaft, der meint, man könne vor allen Dingen mit der Finanzschraube regulieren. Die Fiskalpolitik der Staaten war ein solch großes Versprechen. Natürlich ist es vernünftig mit Keynes antizyklisch zu agieren, mit dem öffentlichen Haushalt, der so gewichtig ist in einer Volkswirtschaft, wie bei uns. Aber dauerhaft kann niemand mit Deficit Spending regieren, er häuft lediglich Schuldenberge auf, die auf wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten Lasten und das Finanzsystem deformieren. Das heißt, man muss zurück zu vernünftigen Formen des Wirtschaftens und zu vernünftigen Formen von Staatlichkeit. Paul Kirchhof hat hier vom Maß der Gerechtigkeit gesprochen. Also von dem richtigen Maß, das ein Verfassungsstaat halten muss, auch wenn die Politik Versprechen an die Bürger im Wahlkampf macht. Die Bürger sollten nicht diejenigen prämiieren, die zu viel versprechen und später dann die Demokratie entweder delegitimieren, indem sie das Versprechen brechen oder manchmal (vielleicht noch schlimmer) indem sie ihre überzogenen und unvernünftigen Versprechen um jeden Preis halten.

Deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, lohnt es sich, über die Grundlagen nachzudenken, die weniger etwas mit fiskalischer Steuerung, auch nicht mit rechtlicher Steuerung zu tun haben, sondern mit unserer bürgerschaftlichen

Urteilkraft. Es geht um unsere Mentalität als Bürgergesellschaft. Niemand sollte in einer Demokratie verlangen, was er selbst nicht zu geben bereit ist. Es ist leicht darüber zu schimpfen, wenn der Rat einer überschuldeten Stadt an der Kultur spart, es ist jedenfalls ein Grund zur Trauer. Aber wenn sie als ehrenamtliche Ratsfrau oder als Ratsherren vor einem kommunalen Haushalt stehen, der in Milliardenhöhe verschuldet ist, wissen Sie nicht, wie sie ihn ausgleichen sollen. Müsste eine verantwortliche Bürgergesellschaft nicht vor der Kritik an Sparbeschlüssen im Kulturbereich sagen, wo die Mehreinnahmen herkommen, welche negativen Folgen damit verbunden sein können oder wo anderswo gekürzt werden soll. Welches Schwimmbad soll für jugendliche Migranten geschlossen werden? Wie viel Gewerbesteuer trägt das Konzept attraktiver Wirtschaftsansiedlungen?

Der Club of Rome hat 1973 die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit auf die ökologischen Grundlagen der Gesellschaft gelenkt. Das hat zu einem grundlegenden Perspektivwechsel westlicher Gesellschaften geführt. Aber bei aller Besorgnis über den fortschreitenden Klimawandel und die Erhaltung der ökologischen Grundlagen der Gesellschaft, ist der Hinweis erlaubt, dass es auch für eine vernünftige Klima- und Umweltpolitik gesellschaftliche Voraussetzungen gibt und die Erhaltung dieser gesellschaftlichen Grundlagen noch wichtiger sind. Die natürlichen Lebensgrundlagen, deren Schutz Artikel 20a des Grundgesetzes verlangt, werden jedenfalls gefährdet, wenn soziokulturellen Grundlagen der freiheitlichen Gesellschaft erodieren. Ich glaube, es ist an der Zeit, systematischer über die gesellschaftlichen Grundlagen einer Gesellschaft nachzudenken und das betrifft auch Mentalitätsgrundlagen, also Einstellungen, die Menschen mitbringen und artikulieren.

Die Urteilkraft der Menschen, ihre Einstellung, ihre Präferenzen, ihre Ziele : das alles hängt von Bildung und Erziehung ab. Es ist eine Frage der politischen Kultur, egal wo öffentliche Meinung stattfindet, ob in den Weiten des Netzes oder in den Tageszeitungen oder im Rundfunk. Es geht um das Verständnis der Grundlagen einer freien Gesellschaft und, dass man nicht unbeschränkt aus dem Vollen schöpfen kann, sondern überlegen muss, wer übernimmt für was Verantwortung und wie formulieren wir unsere Kritik, in welcher angemessenen Form, ohne Respektlosigkeiten, in der Sache klar und ohne Unwahrhaftigkeit.

Ich glaube, dass der Begriff der Zivilgesellschaft, der meist etwas verengt auf politische Vereinigungen reduziert wird, neu erfunden werden muss. Zivilgesellschaft, das sind wir alle. Staat und Gesellschaft sind keine Feinde, aber sie sind auch nicht identisch. Politische Herrschaft ist darauf angewiesen, dass eigenwillige Bürger sich selbst entwerfen und ihre Existenzgrundlagen erarbeiten. Beide Sphären müssen im freiheitlichen Staat aufeinander bezogen, wirken zusammen. Doch auch wenn das Verfassungsrecht konzeptionell den Staat von der Gesellschaft trennt, so bleibt in einer Demokratie die Republik doch die Summe ihrer Bürger. Wir stehen also nicht einem Dienstleistungsunternehmen namens Leviathan gegenüber. Es ist unsere Republik, die da demokratisch, rechtsstaatlich und als Sozialstaat verfasst ist: Wir sind verantwortlich.